

JÄHRLICH 37.000 WOHNUNGEN NÖTIG

ENDLICH HOCHDRUCK BEI WOHNUNGSBAU

Die Brisanz der Wohnungsnot in Hessen scheint bei der Landesregierung noch nicht angekommen zu sein. Deshalb hat die SPD-Fraktion die gefordert, den Wohnungsbau endlich mit Hochdruck zu fördern.



„Modellprojekte für kostengünstiges Bauen, Konzeptvergaben, die Schaffung einer landeseigenen Treuhandgesellschaft die Schutzschirmkommunen eine Zwischenfinanzierung ermöglicht, all das sind Vorschläge, die auf dem Papier stehen, und jetzt verwirklicht werden müssen“, forderte der SPD-Abgeordnete **Michael Siebel**. Er erneuerte die Forderung, einen Beauftragten für das Wohnungswesen einzusetzen, da das zuständige Ministerium mit dieser Aufgabe überfordert sei.

Darüber hinaus fordere die SPD die Senkung der Grunderwerbssteuer für Investitionsprojekte des sozialen Wohnungsbaus von 6 Prozent auf 4 Prozent. Dies könne Hessen alleine ohne den Bund machen. „Damit würde ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden, um in den Wohnungsbau zu investieren.“



Siebel sagte weiter: „Wir fordern die Landesregierung auf, eine Debatte auf Bundesebene über die Wiedereinführung der Eigenheimzulage mit anzustoßen. Dieses Mittel hatte in der Vergangenheit dazu geführt, dass die Bautätigkeit zugenommen habe und genau das braucht das Land.“

Haarsträubende Fehler bei der vorläufigen Stilllegung der Atomkraftwerke in Biblis hat die SPD-Fraktion im Abschlussbericht zum Biblis-Untersuchungssauschuss dem hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier und der damalige Umweltministerin Lucia Puttrich bescheinigt. „Beide tragen persönlich die Verantwortung für die Rechtswidrigkeit der vorläufigen Abschaltung der Atomkraft-



werke in Biblis“, sagte der SPD-Abgeordnete **Norbert Schmitt**. Er forderte die Landesregierung auf, für den jetzt schon entstandenen Schaden in Höhe von drei Millionen Euro Ministerin Puttrich haftbar zu machen. Sie habe grob fahrlässig entschieden, auf eine Anhörung von RWE zu verzichten

und so dem Betreiber der Atomkraftwerke eine Steilvorlage für einen Schadensersatzprozess geliefert. Der drohende Schaden für das Land sei noch ein Vielfaches höher. Politisch sei an allererster Stelle Ministerpräsident Bouffier verantwortlich. Harte Kritik äußerte Schmitt am Mehrheitsbericht: „Es ist äußerst peinlich, wie ausgerechnet die Grünen die schweren Fehler verniedlichen.“



AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

PERSONALSORGEN BEI DER POLIZEI

Die Personalsituation bei der hessischen Polizei ist schlecht - über 3 Millionen Überstunden haben sich angehäuft, die Fehlzeiten durch Krankheit liegen bei durchschnittlich 33 Tagen pro Kopf. Dies sei auch eine Folge des deutlichen Stellenabbaus in den letzten Jahren, kritisierte **Günter Rudolph**. Es sei angesichts dieser Situation die falsche Antwort, wenn jetzt gefordert werde, mehr Wachpolizei zur Kriminalitätsbekämpfung einzusetzen. „Wachpolizisten die in einem 18-wöchigen Lehrgang geschult werden, sind keine Alternative zur gut ausgebildeten Polizei.“



RESPEKT UND WERTSCHÄTZUNG

In der Debatte über die härtere Bestrafung gewalttätiger Angriffe gegen Einsatzkräfte sagte **Nancy Faeser**: „Jeder Angriff auf Polizeibeamte und Rettungskräfte ist ein Angriff auf unsere offene Gesellschaft und den Rechtsstaat. Es besteht dringender Handlungsbedarf für die Gesellschaft und die Politik. Wir brauchen ein Klima des Respekts und der Wertschätzung gegenüber den Helfern. Strafverschärfungen alleine reichen nicht.“



VERSORGUNG GEFÄHRDET

Unverständnis über das Verhalten der Hessischen Landesregierung

hinsichtlich der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum hat die Bergsträßer Landtagsabgeordnete **Karin Hartmann** (SPD) geäußert. Sie kritisierte, dass die schwarz-grüne Landesregierung nie ernsthaft an einer Rettung des Luisenkrankenhauses in Lindenfels interessiert gewesen sei. Das Konzept „Luise Light“ - Erhalt des Krankenhauses unter Einbeziehung eines Medizinischen Versorgungszentrums - hätte Modellcharakter haben können, wenn diese Landesregierung mehr Mut gehabt hätte.



CDU BREMST INNOVATION

Der wirtschaftspolitische Sprecher, **Tobias Eckert**, hat die unterschiedlichen Initiativen im Rhein-Main-Gebiet zur Ansiedlung von so genannten Fin-Tech-Unternehmen begrüßt. „Wir können als Politik keine Innovationskultur verordnen, aber für ein gründungs- und innovati-



onsfreundliches Klima sorgen. Dafür brauchen wir neben Initiativen des Landes weitere positive Anreize von Seiten der Bundespolitik.“ Leider sei der wahre Bremser die CDU, die verzögere und blockiere, wo es eigentlich einer aktiven Gestaltung bedürfe.

ASYLRECHT NICHT EINSCHRÄNKEN

In der Debatte zur Ausweitung der so genannten sicheren Herkunftsstaaten hat der SPD-Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schäfer-Gümbel** es als vordringlich bezeichnet, dass Bundesinnenminister de Maizière seine Aufgaben erledigt. „Der Innenminister ist überfordert“, kritisierte Schäfer-Gümbel mit Hinblick auf die langen Bearbeitungszeiten von Asylanträgen aufgrund fehlenden Personals. Für die SPD sei zentral, dass das individuelle Grundrecht auf Asyl nicht eingeschränkt werde. Auch Asylbewerber aus so genannten sicheren Herkunftsländern hätten den Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren.



KEINE NACHTEILE IM BERUF FÜR FEUERWEHRLEUTE

Die ehrenamtlichen Mitglieder der Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren sollen in ihren Hauptberufen besser abgesichert werden, fordert der SPD-Abgeordnete **Dieter Franz**. „Ein SPD-Gesetzentwurf zielt darauf ab, denen mehr Sicherheit am Arbeitsplatz zu geben, die sich an 365 Tagen im Jahr, ob an Sonn- oder Feiertagen und das Tag und Nacht für die Sicherheit der Bevölkerung einsetzen und dabei oft Leib und Leben riskieren.“

Ähnlich wie ehrenamtliche kommunale Mandatsträger sollen Feuerwehrleute davor geschützt werden, dass ihnen aus ihrem ehrenamtlichen Einsatz Nachteile im Berufsleben entstehen. So schlägt die SPD vor, dass Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse nur noch aus wichtigem Grund gekündigt werden können, Versetzung auf einen anderen Posten nur in engen



DIETER FRANZ HAT DER SPITZE DES LANDESFERWEHRVERBANDS - RALF ACKERMANN UND CHRISTOPH WELTECKE - DEN SPD-GESETZENTWURF VORGESTELLT

Grenzen möglich ist und es keine Herabstufung bei der Bezahlung geben darf. „Damit wollen wir die Personalstärken der Wehren stabilisieren und einen gewissen Anreiz bieten, sich bei den Freiwilligen Feuerwehren aktiv zu engagieren.“

ROLAND KOCHS LANGER SCHATTEN

Die anstehende Änderung des hessischen Rundfunkgesetzes hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsen Schäfer-Gümbel als Folge von „Roland Kochs langem Schatten“ bezeichnet. Das Thema Staatsferne des Rundfunks sei nach dessen massiver Intervention gegen den damaligen ZDF-Chefredakteur Nikolaus Breider in den Mittelpunkt gerückt und habe letztlich das Bundesverfassungsgerichts beschäftigt. Großen Beratungsbedarf meldete Schäfer-Gümbel im Hinblick auf die teilweise unverständliche Re-



gelung der angemessenen Vertretung von Frauen an.

Die Aufnahme des Landesjugendrings und einer Vertretung der muslimischen Religionsgemeinschaften in den Rundfunkrat begrüße die SPD. Damit sei dem Anspruch einer breiteren gesellschaftlichen Repräsentanz allerdings noch nicht ausreichend Rechnung getragen. Andere Länder – zum Beispiel Bremen oder das Saarland – hätten inzwischen den Rundfunkrat durch eine Vertretung des Lesben- und Schwulenverbands verstärkt.

LÖCHRIGE LÄRMPAUSEN

Die so genannten Lärmpausen am Frankfurter Flughafen bringen den Menschen subjektiv kaum einen positiven Effekt. 95 Prozent der Befragten spürten seit ihrer Einführung gar keine Veränderung oder sogar eine Verschlechterung, sagte der SPD-Abgeordnete **Marius Weiß** im Landtag. Und bei schlechtem Wetter oder steigendem Verkehr seien sie gar nicht mehr anwendbar, weswegen die Deutsche Flugsicherung sie als „instabil“ bezeichnet habe. „Die schwarz-grünen Lärmpausen sind in etwa so belastbar wie die Trikots der Schweizer Nationalmannschaft im letzten Spiel gegen Frankreich“, sagte der SPD-Abgeordnete.



„Die großen Herausforderungen, vor denen die hessische Luftverkehrswirtschaft steht, scheint die ehemalige Wirtschaftspartei CDU nicht zu interessieren. Statt um Jobs bei Hessens größtem Arbeitgeber Lufthansa und der größten Arbeitsstätte, dem Frankfurter Flughafen, zu kämpfen, indem man sich für den Abbau von Wettbewerbsnachteilen einsetzt, laufen die Wirtschaftspolitiker der Union lieber grünen Politik-Placebos hinterher. Dabei bräuchte es gerade jetzt, da viele Mitarbeiter zum Beispiel bei Lufthansa Cargo oder Lufthansa Technik um ihre Jobs fürchten, ein entschlossenes Signal aus der Politik zum Einsatz für den Luftverkehrsstandort. Wirtschaftspolitik findet in diesem Land unter Billigung der CDU nicht mehr statt.“

FOTO: GERT-UWE MÜNDE

FOTO: WELCOMIA.COM - FOTOLIA



SICHERHEIT IN DER DIGITALEN WELT

Das Recht muss mit den rasanten Entwicklungen der Informationstechnik nicht nur Schritt halten, sondern garantieren, dass die Bürgerinnen und Bürger in der digitalen Welt sicher, mündig und frei handeln können. Dies forderte die SPD-Abgeordnete **Heike Hofmann** in der Erwiderung auf eine Regierungserklärung von Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU).



Die Bekämpfung von Cyberkriminalität sei eine der größten Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung. Mittlerweile sei fast jedes zweite Unternehmen betroffen, sagte Hofmann.

Angesichts der Stellenstreichungen bei der Justiz forderte sie, ausreichend Personal dafür zur Verfügung zu stellen. Daran fehle es, während das Strafrecht zur

Bekämpfung der sogenannten Botnetzriminalität grundsätzlich gut aufgestellt sei.

Ein weiterer Bereich, der heute diskutiert werde, sei die Kinderpornografie. Hier habe Bundesjustizminister Heiko Maas mit seiner Gesetzinitiative im Jahr 2014 erreicht, dass Kinder in Deutschland besser vor sexuellen Übergriffen geschützt würden indem Strafrechtslücken geschlossen wurden.

GUT GEMEINT, ABER REALITÄTSFERN

Die von der FDP geforderte Verlagerung von Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer ausschließlich in die unterrichtsfreie Zeit hat **Christoph Degen** als gut gemeint, aber leider realitätsfern bewertet.

„Unter anderem durch den Ganztagschulsausbau hat sich der Arbeitsalltag vieler Lehrkräfte verändert. Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich zunehmend gezwungen Überlastungsanzeigen zu stellen. Wer davon ausgeht, dass unterrichtsfrei mit Freizeit gleichzusetzen ist, hat keine Ahnung vom Arbeitsalltag der Lehrkräfte. Der Fortbildungsbedarf für Lehrkräfte nimmt ebenso kontinuierlich zu wie die Aufgaben, die Lehrkräfte leisten müssen.“



DIE EU MUSS SICH VERÄNDERN

In einer Landtagsdebatte im Vorfeld der Brexit-Abstimmung hat sich die europapolitische Sprecherin der SPD, **Sabine Waschke**, sich für den Verbleib von Großbritannien in der Europäischen



Union ausgesprochen. Die Diskussion verdeutliche allerdings die Notwendigkeit, dass die EU sich verändern müsse. „Die Europäische Union liefert mit ungelösten Problemen - wie zum Beispiel der Flüchtlingskrise - manchen Grund, sie in Frage zu stellen. Egal wie das Ergebnis der Volksabstimmung sein wird - die Europäische Union darf danach nicht zur Tagesordnung übergehen.“



FOTO: GERT-UWE MENDE

DAS ABFERTIGUNGSGEBÄUDE DES FLUGHAFENS KASSEL-CALDEN

KOSTEN GESCHÖNT?

Die SPD-Landtagsfraktion sieht Finanzminister Thomas Schäfer in der Pflicht, umgehend offene Fragen zu klären, die sich aus dem Rechnungshofbericht zu den Vergebaverstößen beim Flughafenausbau Kassel-Calden ergeben. „Die Hessische Landesregierung und hier insbesondere Finanzminister Schäfer dringend den Verdacht ausräumen, dass Anfang 2010 das Parlament über die tatsächlichen Ausbaukosten des Flughafens getäuscht wurde“, sagte **Marius Weiß**.

Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen
 Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Gerfried Zluga-Buck
 Martina Häusl-David
 Valeska Fuhr